

„unbestimmt“ bezeichnet. Interesse in dieser Beziehung hat Deutschland an Eisen und Eisenwaren, deren Ausfuhr nach Rußland noch heute den Betrag von 22 Mill. Mark übersteigt. Droguen und Chemikalien werden für 15 Mill. Mark, Instrumente, Lokomotiven und Maschinen für 11 Mill. Mark aus Deutschland nach Rußland ausgeführt. An Rohseide und Seide aller Art führt Deutschland für 20 Mill. Mark, an Wollengarn und Wollenwaren für 11 Mill. Mark, an Koks und Kohlen für 3 Mill. Mark nach Rußland ein. Jedenfalls aber ist schon aus diesen Zahlen zu ersehen, daß der Löwenanteil an den Vorteilen einer Vereinbarung zweifelslos Rußland anheimfallen würde. Dazu kommt, daß es in Oesterreich sicher verschmupfen würde, wenn dem russischen Getreide dieselben Zugeständnisse gemacht würden, wie den österreichischen Produkten. Was aber unsere deutschen Landwirthe zu solchen Abmachungen sagen würden, deren Kosten sie allein zu tragen hätten, darüber kann wohl kein Zweifel entstehen. — Trotz der üblen Erfahrungen vom letzten Bergarbeiterausstand im rheinisch-westfälischen Gebiet werden Versuche, einen neuen Bergarbeiterausstand zu erregen, jezt im Saargebiet angestellt. Aus Saarbrücken wurde am Donnerstag gemeldet: Nachdem gestern von den Leitern des Rechtsschutzvereins auf sämtlichen Berginspektionen Versammlungen abgehalten worden waren, bei welchen der Versuch gemacht wurde, die Belegschaft zum Streiken zu überreden, ist heute früh, soweit bisher bekannt, auf den Gruben Süttlingen (Viktoria) und Sulzbach ein Theil der Belegschaft ausständig. Für die streikenden Gruben wurde von der Bergwerksdirektion die nachfolgende Bekanntmachung erlassen: „Nachdem aller Warnungen ungeachtet heute ein Theil der Belegschaft unter Vertragsbruch die Arbeit niedergelegt hat, machen wir hierdurch bekannt, daß alle Bergleute, welche bis zum 25. d. M. die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, unamtsächlich die Abkehr erhalten.“ Eine weitere Depesche sagt: Von der 29 611 Mann betragenden Gesamtbelegschaft des hiesigen Direktionsbezirktes sind bis jezt 944 Mann ausständig. Die letzten Meldungen wissen von einer Zunahme des Ausstandes zu berichten.

In der Hauptstadt Oesterreichs tagt gegenwärtig der Weltpostkongreß. Nachdem der erste Kongreß im Jahre 1874 zu Bern, der zweite von 1878 in Paris, der dritte von 1885 in Vissabon stattgefunden, und jeder dieser wichtigen Tage den internationalen Postverkehr ein mächtiges Stück weiter gefördert hat, wird sich die Wiener Zusammenkunft mit frischen Aufgaben zu beschäftigen haben. Ihre Beratungsgegenstände sind wichtig genug. Der zugelassene internationale Postanweisungsverkehr war bisher auf einen Höchstbetrag von 400 Mark beschränkt; die in Zukunft mit Postanweisungen zu versendenden Summen sollen sich auf 800 Mark belaufen dürfen. Postkarten mit bezahlter Rückantwort waren bisher nur in einem Theile der Weltpostvereinsstaaten zulässig, sie sollen künftig auf diese sämtlich ausgebeht werden. Eine Versicherung von Werthsendungen im internationalen Verkehr war nur bis zum Betrage von 8000 Mark für jeden Brief gestattet, in Zukunft soll die Versicherung an eine Werthgrenze nicht mehr gebunden sein. Das Gewicht für Postpakete mit und ohne Werthangabe im Weltpostverkehr betrug bis jezt 3 Kg. Es soll hinfort auf Antrag Belgiens auf 5 Kg. erhöht werden. Nach dem Wunsche der Schweiz soll solchen Paketen künftig eine Rechnung für die in ihnen beförderten Waaren beigegeben werden dürfen, während endlich die deutsche Reichspostverwaltung den Antrag gestellt hat, solche Pakete im Umfange von höchstens einem Meter nach den Ländern des Weltpostvereins zu befördern. Auch dieser Antrag enthält eine Erweiterung der bisherigen Bestimmungen, nach welchen die Ausdehnung solcher Pakete auf 60 Zentimeter und ihr Inhalt auf 20 Kubit-Dekimeter beschränkt war. Den Schluß der Tagesordnung des Wiener Weltpost-Kongresses bildet die Regelung der Bezugsbedingungen im internationalen Zeitungs-Verkehr. Ueber hundert Vertreter der größten und kleinsten Staaten der Welt, von denen sich bis jezt im Wesentlichen nur noch die australischen Kolonien, der Kapstaat, die Transvaalrepublik, der Drangereistaat und das „Reich der Mitte“, China, ausschließen, beraten in dem internationalen Postparlament an den Ufern der schönen blauen Donau. Die österreichische Regierung hat sie gastlich empfangen und ihre Zusammenkunft durch die Eröffnung eines interessanten Postmuseums gefeiert. Unter den Vertretern befindet sich selbstverständlich der Vater des Weltpostvereins, der deutsche Staatssekretär von Stephan

Der Ausstand der belgischen Grubenarbeiter hat mit einer Niederlage der Streikenden geendet. Um ihr vollständiges Fiasco zu verbergen, hat die Versammlung des Generalrates der Arbeiterpartei und des Bergarbeiterbundes beschlossen, „angeichts der Abstimmung der Zentralsektion über die Verfassungsrevision“ den Ausstand im ganzen Lande von heute ab aufhören zu lassen. Nun lautete aber die für die Theilnehmer am Streik ausgegebene Voosung bekanntlich dahin, daß das allgemeine Stimmrecht durchgefochten werden sollte, welches die Zentralsektion in ihrem Beschlusse keineswegs in Aussicht genommen hat. Vielmehr hat sich der parlamentarische Ausschuß lediglich für den Grundsatz der Verfassungsrevision ausgesprochen. Die Mehrheit äußerte die Ansicht, daß die Verfassungsrevision den Bedingungen angepaßt werden müßte, die in den verschiedenen seitens der Zentralsektion angenommenen Beschlüssen aufgestellt sind. Welche Meinungsverschiedenheiten im Ausschusse vorhanden sind, erhellt unter anderem daraus, daß über die Frage des sogenannten Referendums, durch welches der König mit der Befugniß ausgestattet werden soll, vor oder nach einer bedeutsamen parlamentarischen Entscheidung durch eine Art Volksabstimmung die Wählerschaft zu befragen, bestiger Streit zwischen dem klerikalen Ministerpräsidenten und dem liberalen Parteiführer Frère-Orban entbrannte, ohne daß ein Ausgleich erfolgt wäre. Jedenfalls aber gab sich der Generalrat der Arbeiterpartei den Anschein, als lasse er sich vorläufig mit den gefassten Beschlüssen genügen, und beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit. Den ausständigen Arbeitern war dieser Beschluß nur willkommen, denn die meisten von ihnen befanden sich bereits in einer jammervollen Lage.

Der Präsident der französischen Republik hat die ganze verfloßene Woche auf Eisenbahnen zugebracht, und zwar, von den Ministern Constans und Bourgeois begleitet, auf einer Rundreise durch die südwestlichen Departements. Der Extrazug, den die Orléans-Eisenbahn-Gesellschaft dem Präsidenten der Republik zur Verfügung gestellt hat, bestand aus fünf Salonwagen, dem Wagen des Präsidenten, dem Wagen der

den Staatschef begleitenden Minister, dem Wagen, in welchem die Senatoren und Deputirten der Departements Platz nahmen, welche der Präsident auf seiner Reise berührte, dem Wagen des Militärstabes und des Zivilkabinetts des Staatschefs, der Wagen der Presse, worin 20 Berichterstatter der Pariser Journale Platz nahmen, sodann folgte ein Wagen für die Dienerschaft und schließlich ein Restaurantwagen, dessen „Benutzung“ sämtlichen Mitreisenden unentgeltlich gestattet ist. Dazu muß noch bemerkt werden, daß die französischen Eisenbahngesellschaften es sich zur Ehre rechnen, die sämtlichen Kosten der Eisenbahnfahrten des Präsidenten und seiner zahlreichen Begleitung zu tragen. Die ganze Reise war sicherlich für den Präsidenten eine höchst ermüdende. Seine Besichtigungen waren nicht Stunde für Stunde, sondern Minute für Minute vorgehen; er hatte in diesen acht Tagen ungefähr sechzig offizielle Empfänge abzuhalten, 1500 Ansprachen anzuhören und auf einen guten Theil derselben zu antworten. Gegen 50 000 Personen im Frack zogen an ihm vorüber und unzählige Händedrücke mußte er austauschen. An 30 offiziellen Frühstück, Lunch, Diners und Banketten hatte er Theil zu nehmen und alle möglichen Museen, Krankenhäuser, Tabakmanufakturen und sonstige öffentlichen Anstalten zu besuchen. Statuen hat er enthüllt, Schulen eingeweiht und Boulevards eröffnet, bei Wettrennen, Turnfesten und lokalen Spielen hatte er den Vorsitz zu führen. Seine Nachtruhe wird sich auf drei bis vier Stunden beschränkt haben; kurz, es hat in dieser Woche in ganz Frankreich keinen geplagteren Mann gegeben. Zum Oesteren hat Carnot gezeigt, daß er diese Strapazen, die das Amt des Staatsoberhauptes nach seiner Ueberzeugung unvermeidlich macht, mit lächelnder Gemüthsruhe zu ertragen vermag. Nicht umsonst hat sich Herr Carnot den Beinamen eines sympathischen Staatschefs erworben. Der gegenwärtige Präsident der Republik hat gelegentlich seines öffentlichen Auftretens in Paris und auf seinen häufigen Rundreisen in den Departements es meisterhaft verstanden, durch sein taftvolles Benehmen und durch ein Wort zu rechter Zeit sich die allgemeinen Sympathien zu erwerben. Auch auf der jetzigen Reise durch Südfrankreich setzte Herr Carnot sein Werden für die Republik mit Erfolg fort.

Die erste politische Folge des finanziellen Krachs ist in Portugal bereits eingetreten: eine Ministerkrise ist ausgebrochen. Veranlassung dazu gab der Amtsverzicht des Finanzministers, und dieser wurde hervorgerufen durch den Finanzkrach. Die Nachrichten sind etwas unklar. Es schien sich um zwei Möglichkeiten zu handeln, die eine war die Wiedereinstellung des früheren Ministeriums unter General Grijofotomo d'Albreu e Souza, die andere die Berufung eines konservativen Kabinetts. Das Letztere wäre das den Verhältnissen Entsprechendere, da die Konservativen in beiden Kammern die Mehrheit haben. Der Führer der Konservativen, Serpa Pimentel, hat jedoch die Bildung eines Ministeriums abgelehnt, worauf der König wieder mit d'Albreu e Souza verhandelte und diesen zur Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft bestimmte. Das Programm des neuen Kabinetts wird dem Vernehmen nach Strafmilderung für die wegen politischer Vergehen Verurtheilten, Freiheit der Presse, eine große Herabsetzung der Ausgaben für Kolonien, Heer und öffentliche Arbeiten, Ersparnisse in der Verwaltung, Verringerung des Bestandes der Staatsbeamten und den Abschluß von Handelsverträgen in Aussicht stellen. Die wichtigste Aufgabe wird zweifellos dem Finanzminister Mariano Carvalho zufallen. Er soll das schwierige Kunststück fertig bringen, Geld zu schaffen und zugleich das Vertrauen des Geldmarktes in die vollständig zerrütteten portugiesischen Finanzen neu zu beleben. Wie die Dinge liegen, darf man freilich nicht erwarten, daß mit der Zusammenstellung der Namen des neuen Kabinetts die Krise gelöst ist. Das Uebel sitzt tief, und neben der politischen dauert auch die finanzielle und wirtschaftliche Krise fort. Die Aussichten für Handel und Gewerbe sind in hohem Grade entmutigend, es herrscht in ganz Portugal eine vollständige Geschäftsstille.

Der räntesüchtigen Frau, die schon seit drei Jahren durch ihren Streit mit ihrem Gemahl soviel Verdruß und Aufregung in Serbien hervorgerufen hat, ist es schließlich gelungen, durch ihre thörichte Hartnäckigkeit in der serbischen Hauptstadt einen Standal zu erregen, in welchem es sowohl auf Seiten des demonstrierenden Publikums wie des einschreitenden Militärs Todte und Verwundete gab. Aus den ausführlichen Belgrader Meldungen scheint hervorzugehen, daß die Regierung einen so energischen Widerstand nicht erwartet hat, sonst würde sie wohl eine stärkere Truppenmacht aufgebieten haben, um die Ausführung ihres Beschlusses, die Ex-Königin Natalie aus Serbien zu entfernen, zu sichern. Dieser Beschluß ist bekanntlich die Folge eines Uebereinkommens zwischen der Regierung und dem früheren König Milan. So lange Letzterer in Serbien weilt, mußten die Regierung und die Regierung stets eine ungebührliche Einflußnahme des mit dem jungen Könige beständig verfeindeten Vaters desselben auf die Staatsgeschäfte, wenn nicht gar einen Staatsstreich befürchten. Es konnte daher nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe in Serbien dienlich sein, wenn Milan wieder das Land verließ, wozu dieser schon wegen seiner persönlichen Liebhabereien geneigt war. Nur verlangte er, abgesehen von gewissen finanziellen Entschädigungen, daß auch seine geschiedene Gemahlin, die Mutter des Königs, ihren Wohnsitz außerhalb Serbiens nehme. Die Königin lehnte dies jedoch rundweg ab. Auf alle Bitten und Beschwörungen des Ministerpräsidenten Basitsch und des Ministers Gaja, eingedenk ihrer Würde als Königin die Dinge nicht weiter zu treiben, sondern nach der Einhandigung des schriftlichen Ausweisungsbefehls abzureisen, wiederholte Natalie nur ihr „Nein!“ und fügte hinzu: „Gute Genarmen sollen mich fassen und fortzerren, freiwillig gehe ich nicht.“ Minister Gaja selbst schilderte die tragikomische Art, wie der Polizeipräsident durch Natalie gefoppt und hingehalten wurde, bis ihre Anhänger durch ausgefandte Voten alarmirt worden waren. Natalie bediente sich des Vorwandes, sie müsse erst Toilette machen, sie müsse sich auch Geld holen lassen u. s. w., bis endlich die Vorbereitungen zu den Demonstrationen fertig waren, bei welchen von Zivilpersonen zwei todt geblieben, eine Person schwer, fünf leicht verwundet wurden; ferner wurden 26 Genarmen, 11 Kavalleristen, 3 drei Offiziere durch Steinwürfe verwundet. Erreicht wurde wenigstens, daß die Ex-Königin außer Landes gebracht wurde. Trotzdem ist die Lage der Regierung (Nisitsch, Protitsch und Belimartowitsch) durch das ungeschickte Vorgehen der Regierungorgane bei der Ausweisung eine schwierige, allein man darf hoffen, daß Nisitsch sich der Lage gewachsen zeigen

wird. Zu Befürchtungen, die über die serbischen Grenzen hinausreichen, ist vorerst kein Anlaß. Der halbamtliche Telegraph hat bereits dieser in Berlin herrschenden Auffassung Ausdruck gegeben. Er begründet sie damit, daß die Regierung Serbiens im besten Einvernehmen mit Rußland stehe und die Königin Natalie von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten habe. Eine Bestätigung fand diese Annahme durch eine Auslassung des amtlichen Blattes der russischen Regierung, welche in den folgenden Sätzen gipfelte: In Rußland könne man diese Ereignisse nur beklagen, wenn man auch gleichzeitig wünsche, daß sie das Ende einer seit Jahren beunruhigten Lage bedeuten. Die herzlichsten Wünsche hege man für die Befestigung des Thrones des jungen Königs und dafür, daß Serbien nun nach einer schmerzlichen Epoche von Schwierigkeiten und Agitationen in eine Aera der Ruhe und der geblühenden Entwicklung eintreten möge.

Tageschau.

Freiberg, den 23. Mai.

Der Deutsche „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht den Nachtrag zum Strafgesetzbuch, betr. den Schutz der Telegraphenanlagen, sowie das Gesetz, betr. die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen; ferner eine Bekanntmachung, nach welcher die Insel Helgoland dem 5. Wahlkreise der preussischen Provinz Schleswig-Holstein zugetheilt wird.

In den „Erinnerungen an Kaiser Wilhelm I. in Gastein“, die Hopsprenger in der Zeitschrift „Der Bär“ veröffentlicht, erzählt er vom Kaiser Wilhelm I. folgende Geschichte: „Im Badeschloß lag unten ein kranker Badegast im Erdgeschoß. Es gab Tage in Gastein, wo es mit Kübeln gah, so daß an ein Ausgehen nicht zu denken war. Und doch sollte der hohe Herr sich Bewegung machen. Er benutzte darum die ganze Flucht zu Zimmern, um auf- und abzugehen. Hier der Kammerdiener den Kaiser nicht mehr prominenten fürte, ging er hinein, um etwas zu bringen. Aber welches Bild entrollte sich ihm! Der Kaiser legte sich bückend einen Teppich neben den andern im Schweiße des Angesichts. „Aber Majestät, was thun Sie da, warum lassen Sie mich das nicht thun?“ Lächelnd sagte der Kaiser: „Ja, das habe ich nun einmal selber gemacht. Da unten wohnt ein schwerkranker Badegast, der zu Vette liegt und wenig schlafen kann. Da habe ich die Teppiche alle zusammengelegt, damit der Mann mich beim Gehen nicht hört, da geht sich doch leichter, und man macht sich so was am besten selbst.“

Die „Post“ schreibt: „In den „Hamb. Nachr.“ werden allerlei Vermuthungen über die Gründe vorgebracht, aus denen die ultramontane Presse den Fürsten Bismarck bekämpft. Merkwürdigerweise werden dabei die beiden nächstliegenden und die Thatsache allein schon erklärenden Gründe übergangen. Fürst Bismarck hat durch die Reichstagsauflösung von 1887 die Pläne Dr. Windthorst's wirksam durchkreuzt und diese und damit das Zentrum für eine ganze Legislaturperiode lahmgelegt. Dieses Verbrechen wird dem Fürsten Bismarck von dem Zentrum um so weniger vergeben werden, als damit zugleich das Wahlkartell und das bessere Verhältnis zwischen Konservativen und Nationalliberalen zusammenhängt. Zu diesen in der Vergangenheit liegenden Gründen treten noch schwerwiegende Erwägungen virtueller Natur. Das Zentrum strebt mit allen Mitteln, Regierungspartei zu werden. Der Preis ist für diese Bestrebungen Nebensache. Angesichts der leider zunehmenden Entsendung des Fürsten Bismarck und der Regierung liegt es natürlich im Interesse dieser Politik, Front gegen den ersteren zu machen. Das Zentrum ist viel zu realpolitisch, um sein Verhalten von einer überwindenen Vergangenheit liegenden Rücksichten bestimmen zu lassen. So sehr übrigens Fürst Bismarck in erster Linie und hauptsächlich die Verantwortung für den Kulturkampf trägt, so hat er andererseits zur Wiederherstellung des staatskirchlichen Friedens doch mehr beigetragen, als vielfach vom staatlichen Standpunkte für angängig erachtet ist. Hier also liegen die Wurzeln der ultramontanen Gegnerschaft gegen den Fürsten Bismarck sicher nicht. Um so mehr fallen die aus der Tagespolitik herzuleitenden Gründe ins Gewicht. Das Zentrum sucht im Interesse der eigenen Macht und des eigenen Einflusses mit dem Mächtigen zu marschiren und hält augenscheinlich das Regiment Caprivi und nicht den Fürsten Bismarck für den Herrn der Situation. Dies ist, soweit wir es übersehen können, der Schlüssel für das erwähnte Verhalten der ultramontanen Presse.“

— Mit anderen Worten: Das Zentrum hängt den Mantel nach dem Wind. Auch andere Politiker, die den Fürsten Bismarck früher bewedelten, möchten es dem Zentrum gern nachthun. Was sie davon abhält, ist nur ein Rest von Schamgefühl.

Die „Berliner Zeitung“ meldet, das Gerücht Herr von Benignen sei zum Nachfolger des Herrn v. Bötticher bestimmt, nehme feste Gestalt an.

In Bezug auf die Sperrgeldervorlage besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Staatsregierung und weiten Kreisen der Bevölkerung. Man macht sich die Sache zu leicht, schreibt die „B. B. Z.“, wenn man hier nur von der nationalliberalen Partei spricht, die den Gegensatz zur Regierung darstelle; thatsächlich sind kirchlich-liberale und streng kirchlich-protestantische, sowie recht beträchtliche katholische Kreise hier eins in der Besorgniß, daß die Staatsregierung nach einem fehlerhaften Grundsatze verfare. Wir theilen diese Besorgniß vollkommen, geben aber auch willig zu, daß es hohe Gesichtspunkte sind, von denen aus die Regierung ihre Verwaltungslinie sich gewählt hat. Sie rechnet mit den Erfahrungen der siebziger Jahre. Die Gelegenheit wäre damals vielleicht geboten gewesen, den niederen Klerus mit dem Reich und der Staatsidee zu befreunden, um dann, auf diese Stütze bauend, den Kampf gegen die reichsfeindliche höhere Geistlichkeit, insbesondere den Vatikan, durchzuführen. Die Gelegenheit wurde aber, wenn sie wirklich gegeben war, nicht benutzt und kehrt nicht wieder. Seitdem hat die Staatsgewalt einer Kirchenpolitik sich hingegeben, um das Einvernehmen mit der höheren Geistlichkeit und namentlich mit dem Vatikan zu schaffen und zu befestigen, und auf dieses Einvernehmen gestützt, insbestondere den Vatikan, durchzuführen. Die Gelegenheit wurde aber, wenn sie wirklich gegeben war, nicht benutzt und kehrt nicht wieder. Seitdem hat die Staatsgewalt einer Kirchenpolitik sich hingegeben, um das Einvernehmen mit der höheren Geistlichkeit und namentlich mit dem Vatikan zu schaffen und zu befestigen, und auf dieses Einvernehmen gestützt, insbestondere den Vatikan, durchzuführen. Die Gelegenheit wurde aber, wenn sie wirklich gegeben war, nicht benutzt und kehrt nicht wieder. Seitdem hat die Staatsgewalt einer Kirchenpolitik sich hingegeben, um das Einvernehmen mit der höheren Geistlichkeit und namentlich mit dem Vatikan zu schaffen und zu befestigen, und auf dieses Einvernehmen gestützt, insbestondere den Vatikan, durchzuführen.

Errungenschaft...
Freundliche...
Kassen stiften...
kann. Man w...
anrechnen, wen...
rdmischer und...
Aus Oest...
norddeutscher...
dreier Bekant...
stellung verlie...
gegen mit dem...
geschlichen Aus...
keine Berlin...
kann, soll zu...
da hätten sie i...
bringen lassen...
daß er taumel...
Studenten mac...
gegriffenen los...
nicht weiter m...
ständig, als J...
junggeschlichen...
geschlichen Str...
ständen werden...
sinkt liegen zu...
Die Truppi...
überall zurück...
steht unmittel...
Die zweite...
rathung des G...
die Bestimmun...
und Seemacht...
mit 52 gegen...
righen Kreiser...
des Gesetzes a...
In der f...
Bericht des D...
Getreibesölle...
Der „Petit...
Marceller Me...
heißt, der U...
dann sie könn...
keinen Nutzen...
ziehen würden...
Ausland bere...
Zehn Meßhä...
schlossen. Au...
daß in erster...
tredebölle inte...
weiß. In D...
nischen franz...
genmährigen...
sich bisher nu...
welcher in sei...
dinal Desprez...
stellte: „Ein...
beste Republik...
jedes Aufzucht...
keit weiterfer...
des Vaterland...
eifers sich me...
aber die maß...
Evangeliums...
bieten, damit...
lats abschwad...
eines Kirchen...
Bischöfe von...
mit begnügt...
gegen die Ne...
In glänz...
unausgelebte...
Regierung...
tag empfing...
bahnerwaltung...
überreichte...
licher Regim...
in Gegenwar...
folgers...
Empfang de...
überreichten...
glänzend. U...
Festtage bef...
worden. Bei...
„Zur Erin...
Königs Kar...
Die Vutare...
König eine...
ein Album...
spruch eing...
anlässlich der...
Schreiben a...
nämlich, er...
Jugend alle...
deren Zweck...
frets zugän...
zu bieten, w...
welche Spez...
unterstützen...
und denjeni...
sonst, zum...
Mangels an...
diesem Zwe...
ein Gebäu...
auf Kosten...
gelegenen P...
zugleich 200...
Namen „U...
selbst“, so...
den demüa...
dieser in u...
Ankeren U...
Generation...
vornehmster...
Blick.“